

24.07.2019

Aufenthaltsbeendende Maßnahmen für EU Staatsangehörige nach Verlust des Freizügigkeitsrechtes

"Wir erwarten von der Stadt eine enge Kooperation zwischen dem Sozialbereich und der Ordnungsverwaltung. Im Falle der Vergewaltigung der 18-Jährigen war dies offenbar nicht der Fall, denn nach Angaben des Stadtsprechers wurde in einem Fall erst jetzt ein "druckfrischer Arbeitsvertrag" vorgelegt, obwohl sich die Familie wohl schon länger als nach den Freizügigkeitsregeln erlaubt in Mülheim aufhält."